

Empfänger:

Siehe Empfängerliste im Anhang

Offener Brief zum „Tag gegen Lärm 2011“

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den 27. April 2011 wurde der „Tag gegen Lärm“ (*International Noise Awareness Day*) ausgerufen. Er steht in diesem Jahr unter dem Motto „Lärm trennt“. Aus diesem Anlass wird dieser offene Brief von der Bürgerinitiative Bewohnbare Altstadt Regensburg verbreitet. Es existieren jedoch mehrere Bürgerinitiativen oder Vereine, die unser Anliegen ideell unterstützen.

Die BIBA Regensburg hat sich im weiteren Sinne die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Altstadt und die Bekämpfung von krank machendem, unnötigem und vermeidbarem Lärm im Besonderen zur Aufgabe gemacht.

In den vergangenen Jahren stellen wir eine zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen in unseren Innen- und Altstädten fest. Dies wird hervorgerufen durch eine intensive und überzogene Nutzung der Stadtkerne als Event- und Veranstaltungsorte, sowie eine gastronomische Über-Nutzung. All das sorgt in Verbindung mit unkontrollierter Beschallung und zunehmender Rücksichtslosigkeit von Gästen für eine Lärmkulisse tagsüber und vor allem nachts, die eine notwendige und wünschenswerte Wohnfunktion nachhaltig stört, zum Teil unmöglich macht.

Wir haben auch den Eindruck gewonnen, dass für die Stadtverwaltungen und die Ordnungskräfte nicht immer die berechtigten Interessen der Stadtbewohner auf Unversehrtheit von Gesundheit und Eigentum im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die gewerblichen Interessen von Veranstaltern und Gastronomen, im Speziellen die sogenannte Event- und Partygastronomie.

Wir stellen ausdrücklich fest, dass alle Partikularinteressen innerhalb bestimmter Grenzen ihre Berechtigung haben. Dennoch muss sich hier eine andere Gewichtung

einstellen. Das heißt, die Unversehrtheit von Gesundheit sowie Eigentum (Gebäude, Dekorationen usw.) muss eindeutig höher gewichtet werden als zum Beispiel die Freiheit der persönlichen Entfaltung (Party rund um die Uhr, ungezügelter öffentlicher Alkoholkonsum), oder der gewerblichen Freiheit (kurze Sperrzeiten, Verfügbarkeit von Alkohol immer und überall, Nutzung des öffentlichen Raums z.B. Events, Feste, Freisitze).

Ein Grund für die Verschärfung der Lebens- und Wohnbedingungen in unseren Innenstädten ist zum einen eine unzureichende Personalausstattung von Polizei und Ordnungskräften, um die bestehenden Regulierungen zu überwachen (z.B. Ordnungsservice, Stadtpolizei), zum anderen aber der fehlende Wille, erkennbaren Fehlentwicklungen gegenzusteuern, weil dem wohl gegensätzliche Interessen entgegenstehen: Tourismusförderung, Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, Außenwirkung/Image usw.

Durch eine Aufweichung von Ladenschlusszeiten und Sperrzeiten für Gastronomiebetriebe, neuerdings auch das Rauchverbot in manchen Bundesländern und die damit verbundene Verlagerung des Rauchens auf die Straße wird der Anspruch von Innenstadtbewohnern auf eine erholsame Nachtruhe immer mehr eingeschränkt. Diese Entwicklung kann vor allem in den Innen- und Altstädten zur zeitweisen Unbewohnbarkeit führen; jedenfalls werden die Wohnungskündigungen wegen Lärmbelastung und die Wegzüge aus Innenstädten häufiger.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die liberale Sperrzeitenregelung in Bayern von 2005, die eine Quasi-Freigabe darstellt (§18 Gaststättengesetz in Verbindung mit §8 der Bayerischen Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes), mittlerweile von vielen Städten in Eigenregie wieder eingeschränkt wird, da die Konsequenzen daraus nicht mehr hinnehmbar waren.

Neben ungezügelm Alkoholkonsum, Vandalismus und Gewalt sind verstärkt Ruhestörungen durch nächtliche Partygänger festzustellen. Immer mehr wissenschaftliche Untersuchungen belegen aber die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Lärmeinwirkung und Schlafentzug nicht nur durch Verkehrs- oder Gewerbelärm, sondern in verstärktem Maße auch durch den sogenannten **Freizeitlärm**. Diese Form von Lärm wird allerdings allzu oft noch verharmlost. Wir akzeptieren die gern gebrauchten Ausflüchte von „allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen“, von „lebendigen Städten“, „verändertem Ausgehverhalten“ und weiteren Worthülsen dann **nicht**, wenn dadurch die Tatenlosigkeit derjenigen Stellen gedeckt werden soll, die eigentlich eine Fürsorgepflicht für die Bürger erfüllen sollten!

Wir fordern von den jeweils zuständigen Stellen endlich ein konsequenteres Vorgehen gegen erkennbare Fehlentwicklungen; wir fordern entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen und bereits vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen:

- Gastronomie-Sperrzeitverkürzungen oder- freigaben nur noch an Orten, an denen keine Wohnnutzung tangiert werden kann, damit entfallen große Bereiche der Innen-/Altstädte.

- Beschränkung der Neuansiedelung von problematischer Gastronomie in Wohngebieten, bzw. deren Schließung.
- Konsequente Verfolgung von bereits bestehenden Regelungen (z.B. Sperrzeitverordnungen, Grünanlagensatzungen, Jugendschutzgesetze, Nutzung des öffentlichen Raumes)
- Verschärfung von Regelungen hinsichtlich Ordnung, Lärmschutz, Müllvermeidung.
- Einschränkung des öffentlichen Alkoholenusses bis hin zum räumlich umfassenden oder zeitlich begrenzten Verbot wie es in vielen Ländern Europas oder den USA seit langem üblich ist.
- Erschwernis der Verfügbarkeit von Alkohol immer und überall.

Wir fordern vor allem aber auch ein klares Bekenntnis zur Vorrangigkeit von Gesundheit und Sicherheit vor allen anderen Interessen!

Von den Stadtverwaltungen und der Politik erwarten wir endlich den Mut, auch unpopuläre Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, die den Schutz von Innenstadtbewohnern vor überbordendem Lärm und anderen Begleiterscheinungen eines falschverstandenen „urbanen Lebens“ gewährleisten.

Gleichzeitig danken wir aber auch denjenigen, die den Ernst der Lage bereits erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen haben. Maßnahmenbündel wie der „Runde Tisch“ und das Aktionsbündnis der Stadt Regensburg „Fair feiern“, und neuerdings auch das „Wirte-Bündnis“ sind begrüßenswert, müssen aber auch konsequent weiterverfolgt werden. Allerdings haben wir die Befürchtung, dass mit gutem Zureden und unendlicher Geduld der harte Kern von Ruhestörern und Krawallmachern nicht erreicht wird; in diesen Fällen muss durch eine repressive Vorgehensweise auch der nötige Verfolgungsdruck aufgebaut werden. Das erfolgt sinnvoller Weise mit Strafen für unvernünftige Altstadtbesucher und verwaltungsseitigen Sanktionen gegen Veranstalter und Gastronomiebetriebe, die ihre Pflichten nicht erfüllen.

Auch den Polizeibeamten und Mitarbeitern des kommunalen Ordnungsservice gilt unsere Anerkennung. Es ist sicher eine undankbare Aufgabe, sich mit renitenten Zeitgenossen herumschlagen zu müssen, aber ohne ihre konsequente Hilfe wird sich in den Altstädten keine halbwegs erträgliche Wohnsituation einstellen. Alle müssen deshalb die Bedrohung durch den Faktor Lärm sehr ernstnehmen und nicht als vernachlässigbare Erscheinung abtun.

Freundliche Grüße

Helmut Knyrim (für die Bürgerinitiative Bewohnbare Altstadt Regensburg)

Dieter Fehlner (Sprecher der BIBA)

Ralf Zimmermann (Sprecher der BIBA)

Empfängerliste:

Stadt Regensburg:

Oberbürgermeister Hr. Hans Schaidinger
Ordnungsamt der Stadt Regensburg
Fraktionen der Stadtratsparteien (CSU, SPD, Bündnis90/Grüne, Freie Wähler, FDP, ÖDP)
Polizeipräsidium Oberpfalz (Polizeipräsident Hr. Rudolf Kraus)
Polizeidirektion Regensburg (Hr. Michael Liegl, Hr. Wolfgang Mache)

BAYERN:

Bayerischer Städtetag (Vorsitzender Hr. Hans Schaidinger, 1. stv. Vors. Hr. Christian Ude)
Innenministerium: Staatsminister Hr. Joachim Herrmann, Innenstaatssekretär Hr. Gerhard Eck
Landtagsfraktionen: CSU, SPD, Freie Wähler, Bündnis90/Grüne, FDP

BUND:

Deutscher Städtetag (Präsidentin Fr. Dr. h.c. Petra Roth, Vizepräsident Hr. Christian Ude)
Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, Staatssekretäre Dr. Ole Schröder, Dr. Christoph Bergner

PRESSE:

Mittelbayerische Zeitung